



Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

VORLAGE
18/258

A06

18. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Herrn Prof. Dr. Andreas Pinkwart MdL der FDP-Fraktion erbetenen Bericht zum Thema „Schlussfolgerungen zur Prager Rede für NRW“ für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 21. Oktober 2022.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Nathanael Liminski



Bericht
des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten,
Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei des
Landes Nordrhein-Westfalen für die Sitzung des
Ausschusses für Europa und Internationales
am 21. Oktober 2022

„Schlussfolgerungen zur Prager Rede für NRW“

Unter dem Titel „Europa ist unsere Zukunft“ hielt Bundeskanzler Olaf Scholz am 29. August 2022 an der Prager Karls-Universität eine europapolitische Grundsatzrede, in der er auf vier Kerngedanken einging: (1) EU-Erweiterung und institutionelle Reformen, (2) Europäische Souveränität, (3) Migration sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik und (4) Rechtsstaatlichkeit.

Bundeskanzler Scholz selbst hatte im Vorfeld Erwartungen gedämpft und deutlich gemacht, dass es sich bei seiner Rede nicht um eine Antwort auf die Sorbonne-Rede des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron im Jahr 2017 handle, auch wenn er auf einige Forderungen Macrons, wie die europäische Souveränität oder die Gründung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, einging. Der Bundeskanzler umriss Bausteine für Reformschritte in der Europäischen Union, viele der Vorschläge sind aber bereits Teil der Kommissionsagenda und daher nicht neu. Seine europapolitischen Ankündigungen blieben zum Teil hinter dem Koalitionsvertrag zurück, etwa bei der Forderung nach einem Konvent.

Der Bundeskanzler wurde dennoch konkreter, was er sich unter der so genannten „Zeitenwende“ vorstellt und welche politischen Projekte er sich für die europapolitische Debatte vornimmt: die Verringerung von äußeren Abhängigkeiten und inneren Blockaden, mehr Verantwortung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Deutschland sowie eine Vereinheitlichung europäischer

Verteidigungsstrukturen komplementär zur NATO. Seine Überlegungen sowohl zur Verteidigungsfähigkeit als auch zur Handelspolitik sollten nun zügig umgesetzt werden. Nicht zuletzt eine proaktive EU-Handelspolitik ist dringend geboten und eines der wirkmächtigsten Instrumente der EU zur Gestaltung der globalen Ordnung.

Bundeskanzler Scholz kündigte an, er wolle die EU reformieren und dabei, wenn nötig, auch die Verträge verändern. Auch die Landesregierung setzt sich für effizientere Verfahren in der Europäischen Union ein. Ausgangspunkt für institutionelle Reformen sollten die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas sein, deren Prozess die Landesregierung im letzten Jahr intensiv begleitet hat. Sie begrüßt grundsätzlich das Bekenntnis zu effizienteren Entscheidungsverfahren, etwa der Ankündigung eines schrittweisen Übergangs von Einstimmigkeits- zu Mehrheitsentscheidungen. An einer möglichen Reform des Einstimmigkeitsprinzips bei manchen Entscheidungen im Rat wird die Landesregierung konstruktiv mitwirken.

Bundeskanzler Scholz zufolge gehören der Westbalkan, die Ukraine, Moldau und „perspektivisch“ Georgien zu Europa. Die Landesregierung unterstützt das Vorhaben, die europäische Zukunft gemeinsam mit den Staaten des Westbalkans zu gestalten. Durch die Regionalpartnerschaft des Landes mit Nordmazedonien und enge Verbindungen nach Kosovo begleitet Nordrhein-Westfalen die EU-Erweiterung heute schon konkret vor Ort und wird dies weiter fortsetzen.

Darüber hinaus betonte Bundeskanzler Scholz in seiner Rede die große Unterstützung und Solidarität Europas für die Ukraine, aktuell ebenso wie in der Zukunft beim Wiederaufbau des zerstörten Landes. Die Landesregierung nimmt bereits Kriegsverletzte und Geflüchtete auf, koordiniert Spendensammlungen und Medikamentenlieferungen. Auch die Landesregierung möchte ihr Engagement in Zukunft intensivieren und strebt dafür eine Aufbau-Partnerschaft mit einer ukrainischen Region an.

Den Verweis des Bundeskanzlers auf die striktere Einhaltung der Konditionalität hinsichtlich des Rechtsstaatsmechanismus nimmt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen positiv zur Kenntnis. Schließlich ist der Einsatz für Rechtsstaatlichkeit seit Jahren ein Schwerpunkt nordrhein-westfälischer Europapolitik. Den neu geschaffenen Rechtsstaatlichkeitspreis wird die Landesregierung auch im nächsten Jahr fortführen.

Unter den sektorspezifischen Projekten ging Bundeskanzler Scholz auf die Themen Asyl- und Migrationspolitik, Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie Digitalisierung ein. Der Bundeskanzler betonte das Ziel der Europäischen Union, bis 2050 klimaneutral zu werden und verwies auf die dafür nötige ökologische und digitale Transformation der Wirtschaft. Hier möchte Nordrhein-Westfalen als Vorbild vorangehen und erster klimaneutraler Industriestandort Europas werden. Das von Olaf Scholz formulierte Ziel eines europäischen Wasserstoff-Netzes begrüßt die Landesregierung ausdrücklich. Ein stärkeres Engagement des Bundes auf europäischer Ebene könnte etwa für transnationale Infrastrukturprojekte zwischen Belgien, den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen genutzt werden.

Die Landesregierung arbeitet intensiv daran, eine leistungsfähige Infrastruktur zu den Seehäfen Rotterdam und Antwerpen-Zeebrügge auszubauen. Die bestehende Energiepartnerschaft mit Flandern soll auf ganz Belgien ausgeweitet werden. Diese Maßnahmen sind dringend geboten, nicht zuletzt um Abhängigkeiten von russischen Energielieferungen abzubauen. Auch hier decken sich die Forderungen des Bundeskanzlers mit den Prioritäten der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen.